

Osnabrücker Jahrbuch  
Frieden und Wissenschaft  
VI / 1999

- OSNABRÜCKER FRIEDENSGESPRÄCHE 1998
- MUSICA PRO PACE 1998
- BEITRÄGE ZUM SCHWERPUNKTTHEMA:  
ZUSAMMENPRALL DER KULTUREN IM  
ZEICHEN DER GLOBALISIERUNG?

Herausgegeben vom Oberbürgermeister der  
Stadt Osnabrück und dem Präsidenten der  
Universität Osnabrück

Universitätsverlag Rasch Osnabrück

# Inhalt

Vorwort der Herausgeber . . . . .	7
Editorial . . . . .	9

## I. OSNABRÜCKER FRIEDENSGESPRÄCHE 1998

Udo Steinbach, Hamburg <i>Islam und der Westen. Zukunft im Zeichen friedlichen Zusammenlebens?</i> . . . . .	15
---	----

Rita Süssmuth, Bonn <i>150 Jahre nach 1848 – Herausforderungen für die parlamentarische Demokratie</i> . . . . .	37
---	----

Podiumsdiskussion <i>Angst vor dem Fremden: Die ›Einheimischen‹ und die ›Anderen‹</i> Cornelie Sonntag-Wolgast, Günther Beckstein, Cem Özdemir, Peter Graf . . . . .	49
---	----

Wilhelm Heitmeyer, Bielefeld <i>Freigesetzte Gewalt – Sozialisation zwischen Desintegration und Nutzenkalkül</i> . . . . .	67
---	----

Dieter Chenaux-Repond, Bonn <i>»Europa sieht Deutschland«: Hat der Westfälische Friede das Europa von heute vorgeprägt?</i> . . . . .	79
--	----

Podiumsdiskussion <i>Kritischer Dialog oder Konfrontation mit islamistischen Staaten und Bewegungen?</i> Henry Kissinger, Johannes Rau, Sabine Christiansen . . . . .	89
---	----

<i>»Ist die Integration von türkischen Mitbürgern in Deutschland geschei- tert?« – Publikumsfragen an Henry Kissinger und Johannes Rau</i> . . . . .	104
--	-----

## II. MUSICA PRO PACE – 25. OKTOBER 1998

Stefan Hanheide, Osnabrück <i>›Friedensseufftzer und Jubelgeschrey‹ – Kriegsklagen und Friedensfeiernmusik um 1648</i> . . . . .	111
---	-----

### III. BEITRÄGE ZUM SCHWERPUNKTHEMA:

#### *Zusammenprall der Kulturen im Zeichen der Globalisierung?*

Cornelia Schmalz-Jacobsen, Berlin

*Einwanderung und Gemeinsinn: Von der selbstbewußten offenen Gesellschaft* . . . . . 131

Dieter Kramer, Frankfurt a.M.

*Kulturelle Vielfalt ist eine notwendige Struktur menschlicher Vergemeinschaftung* . . . . . 143

Jost Halfmann, Dresden

*Können Kulturen zusammenprallen? Die Theorie der Weltgesellschaft und der »clash of civilizations«*. . . . . 157

Bassam Tibi, Göttingen / Harvard

*Friede im Nahen Osten im Lichte einer Vergegenwärtigung des Westfälischen Friedens* . . . . . 175

Moshe Zuckermann, Tel Aviv / Berlin

*Antisemitismus, Zionismus und Assimilation* . . . . . 187

Mohssen Massarrat, Osnabrück

*Islamischer Orient und christlicher Okzident: Gegenseitige Feindbilder und Perspektiven einer Kultur des Friedens* . . . . . 197

Michael Bommers, Osnabrück

*Multikulturalität und Transnationalismus: Über die nachlassende Integrationskraft des nationalen Wohlfahrtsstaates* . . . . . 213

### IV. ANHANG

Referentinnen und Referenten, Autorinnen und Autoren . . . . . 231

Abbildungsnachweis . . . . . 236



Günther Beckstein, Cornelia Sonntag-Wolgast, Cem Özdemir

# Angst vor dem Fremden: Die ›Einheimischen‹ und die ›Anderen‹

Podiumsdiskussion in der Aula der Universität  
am 6. Mai 1998

<i>Cornelie Sonntag-Wolgast, MdB</i>	Mitglied im Innenausschuß des Deutschen Bundestages für die SPD-Fraktion
<i>Dr. Günther Beckstein</i>	Bayerischer Staatsminister des Innern
<i>Cem Özdemir, MdB</i>	Einwanderungspolitischer Sprecher der Fraktion von Bündnis 90 / Die Grünen
<i>Prof. Dr. Peter Graf</i>	Universität Osnabrück, Erziehungs- und Kulturwissenschaften (Gesprächsleitung)

*Peter Graf:* Im Hinblick auf das Thema unserer Veranstaltung »Angst vor dem Fremden« möchte ich zu Beginn die Frage stellen: Vor wem oder was fürchten wir uns eigentlich? – Fürchten wir uns am Ende nicht vor uns selbst und vor den Entwicklungstendenzen unserer eigenen Gesellschaft?

Wenn das Thema ›Angst vor dem Fremden‹ die deutsche Öffentlichkeit seit langem und maßgeblich berührt, ja als soziales Problem bewegt, dann natürlich auch deshalb, weil es bei uns in großer Zahl Menschen gibt, die wir ›Fremde‹ nennen, die das Fremde zu transportieren scheinen. Diese Menschen leben nicht erst seit heute und nicht zufällig oder aufgrund irgendeines Naturereignisses unter uns. Für die Anwerbung von ausländischen Arbeitskräften entschied sich die Bundesregierung 1955 – also vor mehr als 40 Jahren. Diese Anwerbung hat die Zusammensetzung der deutschen Öffentlichkeit, der deutschen Gesellschaft nachhaltig verändert, dabei keineswegs nur belastet, sondern in vielen Bereichen erweitert, ergänzt. Sie hat wesentliche Lücken geschlossen und nicht zuletzt zum ›Wirtschaftswunder‹ und zum Erfolg unserer Gesellschaft beigetragen. Die Folgen dieser Entwicklung für unsere Städte – es handelt sich ja nun schon um einen Prozeß über Generationen – liegen auch in bedeutenden Vorteilen, die nicht nur in Wirtschaftszahlen und Statistiken zu fassen sind, sondern im Bereich der Humanressourcen zu erkunden und zu entwickeln sind.

In der Stadt Stuttgart sind bereits seit mehr als 10 Jahren ca. ein Drittel aller dort geborenen Kinder Ausländer. Diese Kinder, ebenso gut schwäbisch sprechend wie türkisch oder serbo-kroatisch, sind unsere ›Fremden‹. Und so geraten Jahr für Jahr rund 100.000 neugeborene ›Ausländer‹ in die einschlä-

gige Statistik der Bundesrepublik. Für die Alterspyramide unserer Gesellschaft ist dies indessen ein wichtiger Gewinn, und kulturell und sprachlich wäre es eine eminente Chance, wenn die Kompetenzen dieser Gruppen entfaltet würden. Hierin läge für Städte wie Stuttgart, die dieses Potential entwickeln könnten, eine besondere Chance entwickelter Mehrsprachigkeit und Interkulturalität im Hinblick auf die europäische Integration.

Noch einmal: Wen oder was fürchten wir? Den dritten Teil der jungen Generation einer Stadt, um den jede Kommune froh sein muß? Die Art, wie sie leben und handeln, die sie größtenteils in ihrer Heimat – also in unseren Städten – durch unsere deutschen Medien gelernt haben? Wenn Mitglieder dieser Gruppen Probleme bereiten, dann sind es zugleich die Probleme der Stadt, ihrer Schulen, ihrer Medien, ihrer Jugendkultur und nicht ein Grund für den Widerruf der Aufenthaltsberechtigung der Eltern oder die Aufkündigung des Arbeitsverhältnisses des Familienvaters. Oder ist der Grund für die Furcht einfach die hohe Zahl von inzwischen 7,2 Millionen Ausländern, die, wie ich angedeutet habe, auch ein Produkt unseres Staatsangehörigkeitsgesetzes ist? Es sind nicht die jährlich in der Bundesrepublik geborenen 100.000 Babies, die sich als Ausländer in die deutschen Statistiken eintragen lassen. In den meisten europäischen Nachbarländern in der EU würden sie selbstverständlich die Staatsangehörigkeit des Geburtslandes erhalten.

Unser Thema der Angst führt in eine spezifisch menschliche Wahrnehmung, sie führt in ein psychologisch bedingtes Ereignis, das sehr real und wirksam ist, aber eben auch dem jeweiligen Subjekt zuzurechnen ist. Manche Menschen haben Angst vor Ereignissen und Situationen, die anderen keinerlei Angst bereiten. Psychologisch gesehen ist Angst nicht primär das Attribut eines Objekts, sondern ein Problem des Subjekts, Teil seiner Wirklichkeit und seiner Wahrnehmung der Welt. Wenn Menschen Angst vor dem Fliegen haben, bietet man ihnen Kurse an, diese Angst zu verarbeiten, beruhigt sie oder rät ihnen, auf das Fliegen zu verzichten. Niemand schafft das Objekt der Angst, die Flugzeuge, ab, weil es die Angst vor dem Fliegen gibt, oder läßt die Flugzeuge nicht mehr landen.

*Cornelie Sonntag-Wolgast:* Was heißt ›Angst vor Fremden‹? Wie entsteht sie, insbesondere im Hinblick auf das Verhältnis von Deutschen und Nicht-Deutschen? Was macht Angst oder Abwehr vor Fremden aus? Was wird überhaupt als ›fremd‹ empfunden? – An der Unterschiedlichkeit der Sprachen liegt es kaum: Da sind die Deutschen eher beschämt, die fremden Sprachen wenig oder gar nicht verstehen zu können. Eher schon lassen sich aus den unterschiedlichen Religionen Beweggründe für Distanzierungen herleiten.

Viel mehr als auf den Umstand der ausländischen Herkunft wird aber, so fürchte ich, bei uns darauf geschaut, wie ›anders‹ jemand aussieht. Tatsächlich werden die Merkmale der Hautfarbe, der Haarfarbe, der Kleidung registriert, in denen sich Fremde von Mitteleuropäern unterscheiden. Das sage

ich nicht, um rassistische Einstellungen zu verharmlosen: So verhält es sich einfach bei uns in der Bundesrepublik. Sind wir dagegen auf Reisen – und die Deutschen reisen gern –, empfinden wir all dieses als exotischen Reiz; wir befriedigen daran unsere Abenteuerlust und unsere Neugier.

Nicht so in der Bundesrepublik, wo offenbar von vielen Menschen die Existenz von Fremden als Einbruch in die eigene Lebenswelt empfunden wird. Fremd ist und bleibt, so meine erste These, alles, womit man sich nicht befaßt und auseinandersetzt.

In der Arbeitswelt ist das Verhältnis zwischen Deutschen und Nicht-Deutschen in der Regel in Ordnung, weil Kollegen deutscher und nicht-deutscher Herkunft am Arbeitsplatz täglich miteinander zu tun haben – keine Frage also, ob und wie viele ausländische Migranten an einem Ort zusammen sind, sondern eher wie Deutsche und Migranten einander kennenlernen. Schwieriger wird es in den Familien, auf der Straße, im nachbarschaftlichen Zusammensein. Warum steigern manche Menschen Probleme zur Fremdenfeindlichkeit? Weil sie den Eindruck haben, ihre eigene Existenz und ihre Zukunft sei bedroht. Sie fragen sich: Was wird mit meiner Arbeit? Nimmt mir jemand etwas weg? Habe ich keine Chance auf Ausbildung, weil jemand anderes da ist? Muß ich Angst vor der Zukunft haben? Dann werden Konkurrenten gesucht, auf die solche Ängste projiziert werden können, und das ist Sündenbock- oder Prügelknaben-Mentalität.

Es gibt sogar eine Fremdenangst, die – wie in den meisten neuen Bundesländern – entsteht, ohne daß überhaupt Fremde in nennenswerter Anzahl dort sind. Auch die Politik spielt dabei eine Rolle, jene Politik, die Massenarbeitslosigkeit und andere schwere soziale Verwerfungen zuläßt. Aber keine noch so große Angst um Arbeit oder Ausbildung oder die Befürchtung, keine geeignete Wohnung zu erschwinglichen Preisen zu finden, rechtfertigt es, Haß, Abwehr oder sogar Gewalt gegen Minderheiten zu richten.

So ist es unverantwortlich, daß immer wieder Politiker die Klage führen, es sei ja alles so schrecklich trist für junge Leute, weswegen sie verständlicherweise ihren Frust und ihren Protest gegen Minderheiten richteten. Ich muß konstatieren, daß unsere Gesellschaft zunehmend auseinander driftet, indem jeder nur aus eigenem Blickwinkel, aus eigener Betroffenheit und aus eigenem Interesse die Lage beurteilt. Je stärker sich dieser Trend bemerkbar macht, desto geringer ist die Bereitschaft, sich mit Fremden solidarisch und mit Sympathie auseinanderzusetzen.

Dabei spielt das Vokabular handelnder Politiker eine große Rolle: Wenn wir immer wieder Formulierungen wie »den Zuzug bremsen«, »die Menschen im Lande nicht überfordern«, »massenhafter Mißbrauch der Asylgesetzgebung« vernehmen müssen und gleichzeitig beim Thema Migration nur von der Zuwanderung, aber nicht von der keineswegs unbedeutenden Abwanderung sprechen – wenn also relevante Sachverhalte ausgespart bleiben, dann ist es nicht verwunderlich, daß sich in der Gesellschaft Unwissenheit,

Halbwissen, Desinformation und, damit verbunden, Abwehr, Haß, mangelnde Bereitschaft, sich mit anderen auseinanderzusetzen, ausbreiten. Angst vor Fremden entsteht also aus Nicht- oder Halbwissen.

Dritter Gesichtspunkt: Was kann die Politik zur Abhilfe dessen beitragen? Sicherlich ist es immer richtig, bei akuten Ausbrüchen von Fremdenhaß und Feindseligkeit zunächst einmal mit Appellen und Aktionen dagegen Protest zu erheben. Aber zu solchen Schritten ist die ganze Gesellschaft aufgerufen, und für die Politik kann es nicht mit Gegenaktionen wie Lichterketten und dergleichen sein Bewenden haben. Von ihr muß mehr, nämlich konkretes Handeln, verlangt werden.

Deswegen ist es meine Überzeugung und mein Rat an andere, die Politik machen: daß wir Fremde weder verteufeln dürfen, noch sie ›in Watte packen‹. Man muß die Themen, auch die Ängste und Probleme, offen beim Namen nennen, es macht keinen Sinn, den Standpunkt einzunehmen: ›Jeder Ausländer ist ein guter Mensch, und das mußt du nur den anderen Leuten auch beibringen‹. Beim Namen nennen muß man auch die kulturelle, die soziale, die wirtschaftliche, die finanzielle Bereicherung, die von den über sieben Millionen Migrantinnen, die in unserem Lande leben, ausgeht. Das reicht bis hin zu dem wenig wahrgenommenen Faktum, daß eine nicht unbeträchtliche Anzahl der Zugewanderten inzwischen zu Arbeitgebern geworden ist und Arbeitsplätze geschaffen hat. Was die ganz konkreten politischen Schritte betrifft, so sehen wir am Ende dieser Legislaturperiode auf das jahrelange vergebliche Bemühen zurück, ein vernünftiges Staatsangehörigkeits-Reformvorhaben auf den Weg zu bringen, mit dem die Einbürgerung deutlich erleichtert würde und den in Deutschland geborenen Kindern und Jugendlichen aus Migrantinnenfamilien die deutsche Staatsangehörigkeit geboten würde, ohne die Übernahme der elterlichen Staatsangehörigkeit auszuschließen.

Die Einbürgerungsfrist für hier lebende Migrantinnen sollte deutlich auf acht Jahre verkürzt werden; nach Ermessen der zuständigen Behörden sollte sogar bereits nach einer Aufenthaltsdauer von fünf Jahren eine Einbürgerung möglich werden. Dies alles auch deshalb, um Deutschen und Nicht-Deutschen zu signalisieren, daß die Zuwanderer, ihre Familien und die zweite und die dritte Generation in dieser Gesellschaft gewollt und akzeptiert werden und daß umgekehrt von den Migrantinnen und Migrantinnen auch verlangt +wird, sich mit unserer Gesellschaft, mit unserer Verfassung auseinanderzusetzen – positiv auseinanderzusetzen, um eine politische Teilhabe zu realisieren.

Ich bin dafür, die Probleme beim Namen zu nennen: Illegalität, Lohn-dumping durch hier beschäftigte Ausländer, neue Kriminalität. Gleichzeitig muß aber den Menschen erklärt werden, wie die Statistiken über Kriminalität entstehen und was dahintersteckt.

Ein weiterer wichtiger Gesichtspunkt: Wir versuchen, die Migrantinnen und Migrantinnen in den Parteien zur Mitarbeit zu animieren – nicht immer mit vollem Erfolg, aber ich halte es nicht für richtig, in unseren Parteien beson-



dere Arbeitsgemeinschaften für Migranten zu bilden, getreu der Logik: Bei uns gibt es für alles eine Arbeitsgemeinschaft, für die Frauen, für die Arbeitnehmer, für die Dienstleistenden im Gesundheitsbereich und dergleichen mehr. Wir sollten die Migranten und Migrantinnen vielmehr dazu ermuntern, in allen Gremien gleichberechtigt mitzuarbeiten.

Falsch wäre es dagegen, bestehende Vorurteile in der Gesellschaft durch neue gesetzliche Maßnahmen noch zu vermehren. Der Hintergrund dieser Bemerkung ist die Änderung des Asylbewerber-Leistungsgesetzes, gegen die ich mich ausspreche. Und besonders verhängnisvoll ist es, angesichts erschreckender Wahlerfolge rechtsradikaler Parteien wie jetzt in Sachsen-Anhalt den Versuch zu machen, das Thema ›Migration‹ mit opportunistischer Rhetorik aufzunehmen, um damit den Rechtsradikalen vermeintlich das Wasser abzugraben. Davor warne ich dringend. Ich kann nur alle demokratischen Parteien ermuntern, sich in aller Deutlichkeit scharf gegen diese Tendenz auszusprechen.

*Günter Beckstein:* Der Fremde – das ist der Tourist aus Österreich oder Frankreich ebenso wie der Asylbewerber aus Nigeria, der Flüchtling aus Bosnien, der Türke, der seit 30 Jahren in Deutschland lebt und arbeitet, der vielleicht hier geboren ist, die deutsche Staatsangehörigkeit hat, ein sympathisches Schwäbisch spricht – und im Bundestag sitzt wie Cem Özdemir. Ebenso gehört dazu ›der Italiener um die Ecke‹, der Spätaussiedler aus Rumänien oder aus Kasachstan, der die deutsche Staatsangehörigkeit besitzt, vielfach bei uns als Fremder erlebt wird, der selbst manche Probleme hat und vielleicht auch anderen Probleme bereitet. Das ist ein weites Spektrum.

Angst vor Fremden – schon als Kind wird man ja dazu angehalten, nicht mit fremden Leuten zu gehen – ist zunächst eine bestimmte Abwehrhaltung, die sich verstärkt, wenn alle möglichen Widrigkeiten auf den Fremden projiziert werden, um die eigenen Probleme zu bewältigen oder von ihnen abzulenken. Aus dieser Angst keinesfalls Fremdenhaß, Straftaten oder fremdenfeindliche Gewalt entstehen zu lassen, ist für Politiker eine ganz wichtige Aufgabe. Deswegen sind Lichterketten oder z.B. die *Aktion Fairständnis*, die wir in der Innenministerkonferenz über Parteigrenzen hinweg auf den Weg gebracht haben, wichtig. In Bayern haben wir ein eigenes Programm auf den Weg gebracht, um fremdenfeindlichen Gewalttaten entschieden zu begegnen. Zudem schöpfen wir in Bayern alle rechtlichen Möglichkeiten extensiv aus, um fremdenfeindlichen Gewalttaten entschieden zu begegnen. So registrieren wir in Bayern mit Abstand von den meisten Bundesländern seit Jahren weit aus niedrigere Zahlen fremdenfeindlicher Gewalttaten.

Ich bin der Überzeugung, daß Deutschland insgesamt als ein fremdenfreundliches Land anzusehen ist. In England und in den USA werden Sozialleistungen vergleichsweise restriktiver vergeben. Für uns ist es z.B. selbstverständlich, daß auch Nicht-Deutsche in Sozialwohnungen leben können,

während in unserem Nachbarland Österreich der Bezug von Sozialwohnungen an die Staatsangehörigkeit oder die EU-Bürgerschaft gebunden ist. Bei uns ist es, anders als etwa in Italien, selbstverständlich, daß Ausländer Kindergeld und andere Sozialleistungen erhalten können. Mit dem jetzt vorbereiteten Vertrag von Amsterdam soll es zu einer einheitlichen Regelung in der EU kommen; es ist eine spannende Frage, wie sich dieses Gemeinschaftsrecht in der nächsten Zukunft entwickeln wird.

Insbesondere an den Universitäten brauchen wir künftig sicherlich mehr Internationalität. Unsere Studierenden müssen stärker als bisher ausländische Universitäten besuchen, und umgekehrt müssen wir Ausländern das Studium bei uns erleichtern, etwa durch den Abbau administrativer Hemmnisse. Unsere Universitäten haben jetzt Ansprechpartner für die Klärung aufenthaltsrechtlicher Fragen der ausländischen Studenten und Austauschprofessoren benannt, damit die Internationalisierung des akademischen Lebens nicht von den behördlichen Verfahren in den schwierigen Massenverfahren der Asyl- und Bürgerkriegsflüchtlinge beeinträchtigt wird.

Wo Fremdenfeindlichkeit und Fremdenhaß erkennbar werden, muß man hart widersprechen. Wer aber die aus einer sehr hohen Zuwanderung in den vergangenen Jahren entstehenden Probleme hinwegzureden versucht, hat Mitverantwortung, wenn negative politische Folgewirkungen entstehen. Nur wenn Probleme offen erkannt werden, hat die Politik die Möglichkeit, Lösungen zu erarbeiten und umzusetzen.

Zu den Problemen zählt in erster Linie die legale Netto-Zuwanderung nach Deutschland, die seit 1990, in absoluten Zahlen gemessen, bei uns höher war als die legale Einwanderung in die USA. Auf Dauer kann es nicht gutgehen, jedes Jahr Hunderttausende von Arbeitsplätzen zu exportieren und Hunderttausende von Arbeitskräften zu importieren. Hierin liegt ein gewisser, deutlich meßbarer Anteil an unserer Arbeitslosigkeit begründet.

Eine Stunde Fahrtzeit von meinem Wohnort Nürnberg entfernt, beginnt die Tschechische Republik. Die Arbeitskosten in Nürnberg betragen 45 Mark in der Stunde, in der Tschechischen Republik dagegen nur 6 bis 7 Mark. Den damit verbundenen erheblichen Problemen versuchen wir mit dem Verlangen nach einer Tariftreue-Erklärung zu begegnen. Nur derjenige Anbieter erhält öffentliche Aufträge, der die Zahlung der geltenden einheimischen Tariflöhne garantiert. Vom Konflikt ›fremd versus einheimisch‹ ist übrigens besonders der türkische oder jugoslawische Gastarbeiter betroffen, der seit 15 Jahren in Nürnberg oder München lebt und in einer knallharten Konkurrenz zu dem Billig-Arbeitnehmer aus dem Nachbarland Tschechien, aus dem Bereich der Asylbewerber oder der Bürgerkriegsflüchtlinge oder erst recht dem Billig-Arbeitnehmer auf dem Schwarzarbeitsmarkt steht.

In zweiter Linie zeigen sich die Probleme an den Schulen. Dem Wahlprogramm einer rechtsextremen Partei war zu entnehmen, daß an den Münchener Hauptschulen in mehr als einem *Drittel* der Schulklassen mehr als die

Hälfte der Kinder nicht Deutsch als Muttersprache spricht oder deutsch nicht ordentlich sprechen kann. Vom Kultusministerium kam die Richtigstellung, daß in mehr als der *Hälfte* der Münchener Hauptschulklassen der durchschnittliche Schüler Deutsch nicht so gut wie seine Muttersprache spricht. Ohne Zweifel verschlechtern solche Verhältnisse die Bildungschancen derer, die gut Deutsch sprechen, wie etwa die hier geborenen und aufgewachsenen jungen Türken oder die jungen Deutschen in München.

Wenn Verständigungsmöglichkeiten in der Schulklasse nicht bestehen, sondern erst noch geschaffen werden müssen, ergeben sich zusätzliche Probleme. In einer Hauptschule in Nürnberg haben wir 69% nicht-deutschsprachige Kinder aus Rußland, Jugoslawien, der Türkei oder Rumänien. Wie sollen die daraus entstehenden Probleme beherrscht werden?

Im Wettbewerb mit den Zuwanderern aus Kasachstan, aus Istanbul oder Ankara, die oft eine große Familie haben und deshalb manchen Vorteil genießen, sehen sich viele Deutsche benachteiligt und befürchten, nicht zum Zug zu kommen, weil ja die Ressourcen nicht unbegrenzt sind. Mit Blick auf unsere aktuelle historische Situation im Jahr 1998 und die nächsten 5 bis 10 Jahre dürfen wir keine zusätzliche Einwanderungsquote über die geltenden Zuwanderungstatbestände hinaus einräumen. Wir müssen die Zuwanderung vielmehr auf ein sozial verträgliches Maß verringern und gleichzeitig die Bemühungen um die Integration massiv verstärken.

Die Integrationsanstrengungen zu verstärken – wir haben uns das viel leichter vorgestellt. Ein Problem, das in der Öffentlichkeit kaum gesehen wird, ist die Gefährdung der Integration durch die hohe Fluktuation. Nach Bayern sind im Jahr 1996 ca. 143.000 Menschen zugezogen, ca. 130.000 sind weggezogen. Die Nettozuwanderung von 13.000 erscheint wenig problematisch, aber es gilt, die 143.000 neu Hinzugekommenen zu integrieren!

Viele in Deutschland geborene türkische Kinder werden nach dem Erziehungsurlaub der Mutter, bevor diese ihre Berufstätigkeit wieder aufnimmt, in die Türkei geschickt, um dort ihre Schulbildung zu erhalten. Mehr als die Hälfte der Kinder, die dann im Alter von 14, 15 Jahren wieder nach Deutschland kommen und noch schulpflichtig sind, ist in ihren ersten Schuljahren nicht bei uns zur Schule gegangen. Hätte denn ein in München oder Nürnberg geborener 15jähriger Ausländer, der lange Zeit in der Türkei erzogen worden ist, aber automatisch die deutsche Staatsangehörigkeit zugesprochen bekäme, dadurch bessere Chancen auf dem hiesigen Arbeitsmarkt?

Wir müssen die Integration verstärken, und das heißt zunächst das Erlernen der deutschen Sprache, die Verbesserung der Schulbildung ganz allgemein, die berufliche Ausbildung und schließlich die soziale Einbindung. Das setzt natürlich auch die Bereitschaft zur Integration von denen voraus, die hierher kommen. Ganz bewußt spreche ich nicht von der Bereitschaft zur Assimilation, sondern zur Integration. Dazu zählt für das 14jährige türkische Mädchen auch die Möglichkeit, die gleichaltrigen Schulkameraden zu besu-

chen und nicht durch ihre Eltern auf vielfältige Weise mit Beginn der Pubertät isoliert zu werden. Integration zu verstärken, das heißt Bereitschaft zu wecken, in Sportvereine zu gehen, nicht nur eigene Vereine zu gründen, nicht nur in den bei der Moschee angesiedelten Kulturverein zu gehen, sondern ganz bewußt die Integration in die Gesellschaft zu suchen.

Das ist oft mit der wenig populären Bereitstellung von erheblichen Geldmitteln verbunden. So müssen wir infolge der steigenden Schülerzahlen die Klassenstärke im Regelfall auf 32 bis 33 hinaufsetzen, um gleichzeitig einen Förderunterricht mit vier bis sechs Kindern gewährleisten zu können. Wir müssen dafür sorgen, daß die Integration sich verstärkt und die Angst vor dem Fremden nicht in einer Weise virulent wird, daß das friedliche Zusammenleben gefährdet wird.

*Cem Özdemir:* Bei der Überlegung, wo mir persönlich ›Fremde‹ widerfahren ist, wo ich mich als fremd empfunden habe oder von anderen so empfunden wurde, fiel mir eine Geschichte ein, die sich in dem Ort, in dem ich geboren und aufgewachsen bin, in Bad Urach im Herzen der Schwäbischen Alb, ereignet hat: Dort jobbte ich während der Sommerferien, um Geld – auch für die Schule – zu verdienen. Die Chefin einer mittelständischen Baufirma, bei der ich im Lager beschäftigt war, fragte mich am zweiten Tag, während ich gerade dabei war, Rohre zuzusägen: »Wie lang Du arbeiten bei Firma?« – Als ich mich von diesem rudimentären Satz nicht sofort angesprochen fühlte, fragte sie erneut: »Du! Wann Du anfangen, wann Du aufhören – wie lang Du wollen Arbeit hier?«. Daraufhin habe ich sie gefragt, ob sie Probleme mit der deutschen Sprache hätte ... – Wenn ich jetzt an Veranstaltungen teilnehme, kommen manchmal Leute zu mir und sagen: »Herr Özdemir, Sie sprechen aber gut Deutsch«. Dann sage ich immer: »Ja, Sie aber auch.«

Die mehrfach zitierte Angst ist etwas völlig Normales, jedenfalls nichts, wofür man sich schämen müßte. Ich nehme das auch für mich in Anspruch: Auch ich habe vor manchen Entwicklungen in der Gesellschaft Angst. Fundamentalismus, extremer Nationalismus macht mir auch Angst, und zwar auf allen Seiten, die Nicht-Deutschen nicht ausgenommen. Angst ist genauso wenig unnormale wie Neugier; beides sind zutiefst menschliche Regungen in der Begegnung gegenüber Fremden. Es kommt aber darauf an, was wir – als Multiplikatoren – daraus machen. Ob wir die Angst verstärken oder ob wir die Neugier nutzen, und zwar nicht nur bei den Kindern. Als gelernter Erzieher frage ich mich, ob es uns gelingt, in der Begegnung die Neugier zu nutzen, oder ob wir Angst schüren und noch verstärken.

Morgen abend, leider zu nachtschlafender Zeit, habe ich das Vergnügen, im Bundestag zum Thema »Minderheiten, Regionalsprachen« im Bundestag eine Rede zu halten. Dabei geht es um jene minoritären, wenig bekannten Kulturen, die neben der offiziell bekannten existieren wie das Friesische, das Sorbische, gesprochen in Teilen Sachsens und Brandenburgs, und die Sprache

der Sinti und Roma, die früher ›Zigeuner‹ genannt wurden und seit Jahrhunderten in Deutschland leben. Schließlich geht es um noch andere jetzt hier vertretene Sprachen neu hinzugekommener Kulturen, über die wir wenig wissen. Ein Blick in die Geschichte lehrt, daß das keineswegs eine neue Erscheinung in Europa ist. Erinnern wir uns an die Hugenotten, die Waldenser, und daran, welche Bereicherung für die Gesellschaft mit ihrer Einwanderung verbunden war und wie selbstverständlich diese Wanderungen zur Geschichte dieser Republik gehören.

In diesem Jahrhundert kam die Migration aus Polen in das Ruhrgebiet hinzu: Wer könnte sich *Schalke 04* ohne die populären Spieler mit den polnischen Namen vorstellen? Niemand käme auf die Idee, ihre Kinder nach Polen zurückschicken zu wollen. Niemand käme auf die Idee zu sagen: ›Lafontaine zurück nach Frankreich‹, oder: ›Warum mischt er sich in die inneren Angelegenheiten Deutschlands ein?‹. Und so bin ich mir sicher, daß es eines Tages völlig normal sein wird, daß jemand mit dem Namen Özdemir in diesem Land Politik macht, und hoffentlich nicht nur in meiner Partei.

Ich bin im Schwäbischen aufgewachsen, genauer: in der Hochburg des schwäbischen Pietismus. Dort hatte ich Mitschüler, die im Biologieunterricht, als es um Darwin ging, die biblische Genesis I und II als Schöpfungsbericht aufgeschrieben haben. Diesen Schülern war nicht beizubringen, daß Darwin in dem Fall die verlässlichere Quelle gewesen wäre. Auch das ist eine Realität dieser Gesellschaft, ebenso wie der Umstand, daß manchen meiner Mitschüler im Kindergarten die Teilnahme am Fasching verboten wurde. Ihre Eltern hatten gesagt: »Karneval, das ist unchristlich, das ist Teufelszeug«. Auch die Mehrzahl meiner deutschen Freunde schüttelte den Kopf; ihnen war das völlig fremd. Innerhalb eines Landes haben wir – ohne die Zuwanderung zu berücksichtigen – so viele unterschiedliche Kulturen, Lebensstile, die wir aushalten, aushalten müssen, so daß wir uns davor hüten sollten, mit erhobenem Zeigefinger auf andere zu weisen, die nun gerade besonders unterschiedlich erscheinen.

Sicherlich ist dem vorfindlichen Rassismus nicht durch gesteigerten Verzehr von *Döner-Kebab* und die Einübung in den orientalischen Bauchtanz zu begegnen; ich nehme die Ängste vor Arbeitslosigkeit, vor Veränderung in der Gesellschaft durchaus ernst. Wir dürfen aber nicht der Versuchung erliegen, die Terminologie der Rechten durch eigene rechte Terminologie zu bekämpfen. Dadurch werden wir einen Erfolg rechtsextremer Parteien wie der DVU bei den Landtagswahlen in Sachsen-Anhalt künftig nicht ausschließen.

Arbeitslosigkeit ist keine Rechtfertigung dafür, rechtsradikal zu wählen, anderen mit Baseballschlägern den Schädel einzuschlagen oder sich mit sonstigen Gewaltmitteln ›freie Bahn‹ zu verschaffen. Es gibt gewisse Spielregeln in der Gesellschaft, die für alle gelten müssen – für Deutsche wie für Nicht-Deutsche. Ich würde mir wünschen, daß das von der Politik stärker betont wird. Wir reden viel über Ausländerkriminalität – auch das ist kein Tabu-

thema, nur sollte wenigstens ein Zehntel dieser Aufmerksamkeit der Frage gewidmet werden, wie es mit dem Recht auf körperliche Unversehrtheit in allen Teilen Deutschlands, in allen Stadtteilen dieser Republik, steht und wie es mit dem Recht auf uneingeschränkte Bewegungsfreiheit zu jeder Tages- und Nachtzeit aussieht. Es gibt in diesem Lande schwarze Deutsche, deutsche Staatsbürger dunkler Hautfarbe, Nachfahren hier stationierter amerikanischer *GI's*, die seit ihrer Geburt Staatsbürger dieses Landes sind und im Alltag immer wieder mangelnde Akzeptanz als Bürger dieser Republik verspüren.

Kürzlich hatte ich ein Gespräch mit einem kanadischen Botschaftssekretär, der sich im Bundesinnenministerium über die Situation des Zusammenlebens von Deutschen und Nicht-Deutschen informiert hatte. Dort wurde ihm gesagt, daß über 7 Millionen Ausländer in Deutschland lebten. Der kanadische Botschaftssekretär war völlig schockiert – so viele Ausländer! Er habe darauf bemerkt, daß dazu sicher noch jene kämen, die schon seit 20 oder 30 Jahren hier lebten oder hier geboren seien, worauf man ihm sagte, daß gerade die das Gros dieser Summe ausmachten. So entspann sich ein Disput darüber, wer in Kanada und wer in Deutschland als Ausländer gilt. Man mußte feststellen, daß man sich nicht verstand, sondern aneinander vorbeiredete. Mein Eindruck ist zunehmend, daß für das Gefühl einer Bedrohung durch Überfremdung, für die Meinung, daß Ausländer die wenigen freien Arbeitsplätze in Anspruch nehmen, weniger die Zahl anwesender Ausländer als vielmehr die Kommunikation über sie als »Problem« verantwortlich ist.

Das läßt sich am Beispiel Sachsen-Anhalt zeigen: dort beträgt der Anteil der Nicht-Deutschen ganze 1,8 Prozent, während gleichzeitig eine der höchsten Arbeitslosenquoten aller Bundesländer besteht.

Die Menschen, die die DVU gewählt haben, mögen subjektiv das Gefühl haben, daß ihnen die Nicht-Deutschen die Arbeitsplätze wegnehmen. Natürlich besteht ein Zusammenhang mit den ungelösten Problemen in der Politik und mit der Versuchung, in schwierigen Umbruchsituationen dafür Sündenböcke ausfindig zu machen. Keinesfalls aber kann diese Haltung auf einen hohen Ausländeranteil zurückgeführt werden.

Gerade in solch schwierigen Situationen hat die Politik eine besondere Führungsaufgabe, und vieles hängt davon ab, welche Signale gesetzt werden. Völlig zu Recht sagt Herr Beckstein: ›Wir haben angesichts der Situation in Bosnien Großartiges geleistet; über 300.000 Menschen hat dieses Land aufgenommen – viel mehr Hilfsbereitschaft als erwartet hat sich gezeigt.‹ In diesem Fall haben aber Medien, Politiker, Wohlfahrtsverbände an einem Strang gezogen und gesagt: ›Das ist eine wichtige Sache, ein wichtiges Signal, und wir müssen es machen!‹. So gab es eine riesige Hilfsbereitschaft, und nirgendwo hieß es: ›Um Gottes Willen! Über 300.000 Bosnier!‹. Man hätte mit dem Thema auch anders umgehen, über das Thema auch anders kom-

munizieren können, und ich bin sicher, daß die Reaktionen nicht so einhellig positiv gewesen wären.

In einer Gesellschaft braucht es Spielregeln, die gemeinsam definiert werden müssen, um Gültigkeit zu erlangen. Dazu gehört auch die Gleichberechtigung von Mann und Frau; dazu gehören die Grund- und Menschenrechte, das Grundgesetz. Es muß für alle Gültigkeit besitzen. Wenig sinnvoll ist es beispielsweise, als Voraussetzung für eine Einbürgerung des Antragstellers zwei auf dem Rathaus handgeschriebene Lebensläufe zu verlangen oder zu verfügen, daß jemand, der aus der Türkei kommt oder dessen Eltern aus der Türkei kommen, bei uns nicht Schornsteinfeger werden kann. Es ist nicht sinnvoll und zeitgemäß, daß bei uns bestimmte Berufe nach wie vor an die deutsche Staatsbürgerschaft gebunden sind. Das paßt nicht in einen modernen Verfassungsstaat des ausgehenden 20. Jahrhunderts.

*Peter Graf:* Mir fällt eine zweifache Argumentation auf: Zunächst ist mehrfach gefordert worden, genauer hinzusehen, zu differenzieren, wo von Problemen mit dem ›Fremden‹, mit *den* Ausländern die Rede ist. Zugleich ist aber sehr deutlich gemacht worden, daß dieses ein allgemeines Thema ist, eine Frage des Lebens in unseren Stadtvierteln, die uns alle beschäftigt. Es gehe nicht darum, immer neue Zirkel zu gründen, die sich mit Türken, Jugoslawen oder anderen Ausländergruppen beschäftigen, sondern darum, wie das Verhältnis zwischen Mehrheit und Minderheiten in einer Form gestaltet werden kann, die durch die öffentliche Meinung getragen wird.

*Cornelie Sonntag-Wolgast:* An Herrn Minister Beckstein gerichtet, muß ich sagen: ich glaube nicht, daß wir in einem *fremdenfreundlichen* Land leben. Ich wünschte mir das, aber ich habe nicht den Eindruck, daß es so ist. Es gibt lobenswerte, nicht-organisierte, nicht-staatliche Initiativen, die sich nach Kräften bemühen, interkulturell zu arbeiten, Initiativen, die sich vor Ort oder in den Gewerkschaften, in Verbänden, in Gruppen, in den Betrieben oder in den Parteien zusammenschließen, um ein gutes Verständnis miteinander zu praktizieren. Ich erschrecke aber vor manchen Auffassungen in der breiten Bevölkerung – einschließlich jener Menschen, die meine Partei wählen. Ich bekomme schlimme Briefe von Leuten, die nicht rechtsradikal wählen, aber dennoch handfeste rassistische Vorurteile haben. Wie ist es dazu gekommen?

In den veröffentlichten Umfragen über die Gewichtung politischer Themen zählt die Asyl-, Flüchtlings- und Einwanderungsproblematik regelmäßig zu den wichtigsten Bereichen. Sie wird jeweils an dritter, vierter, fünfter Stelle genannt. Das allerdings nicht im Sinne eines anzustrebenden guten Miteinanders, eines friedlichen, partnerschaftlichen, integrativen Zusammenlebens, sondern, wie ich fürchte, geleitet von der restriktiven Fragestellung: ›Wer schafft uns diese Leute wieder vom Hals?‹ Als *Wolfgang Schäuble* noch Innenminister war und sagte: »Deutschland ist ein fremdenfreundliches Land,

es soll so bleiben« – das war 1990/91 bei der Verabschiedung eines recht restriktiven Ausländergesetzes – da habe ich den Kopf geschüttelt und gedacht, wir machen uns etwas vor. Und damals waren die alarmierenden fremdenfeindlichen, ganz entsetzlichen Aktionen noch nicht geschehen.

Eine hohe legale Nettozuwanderung zu beklagen, ohne zu erwähnen, daß dies im Einklang mit dem geltenden deutschen Recht steht, z.B. mit dem im grundgesetzlichen Schutz von Ehe und Familie begründeten Familiennachzugsrecht, oder auch der besonderen deutschen Geschichte wie im Fall der Bürgerkriegsflüchtlinge aus Bosnien, ist falsch. Seit dem Zeitpunkt vor rund 30 Jahren, als aus arbeitsmarktpolitischen Gründen viele Gastarbeiter ins Land geholt worden sind, ist bewußt die Öffnung für Zuwanderung geschaffen worden. In Anerkennung der Tatsachen muß man sagen: Deutschland ist ein Einwanderungsland, und wir haben uns darauf einzustellen, daß Einwanderung auch weiterhin stattfinden kann. Und ich frage mich wirklich, Herr Minister Beckstein, wie die Zuwanderung gebremst, verringert werden soll, ohne daß einschneidend in die geltenden, zum Teil grundgesetzlich verankerten Möglichkeiten eingegriffen würde.

Zu der Feststellung, daß einerseits immer mehr Arbeitsplätze exportiert und andererseits billige Arbeitskräfte importiert würden, ist anzumerken, daß die hier mit Billiglöhnen ausgebeuteten Arbeitskräfte nicht die Leidtragenden der falschen Ausländerpolitik werden dürfen. Dabei sind auch jene Unternehmen Verursacher, die jede sich bietende Möglichkeit wahrnehmen, Menschen mit fünf, sechs, sieben Mark pro Arbeitsstunde zu entlohnen. Ich sehe einen sozialpolitischen und beschäftigungspolitischen Regelungsbedarf, aber keinen Anlaß für eine restriktive Ausländerpolitik.

Als Problem zwischen Ausländern und Deutschen ist u.a. die unterschiedliche Sprache genannt worden. Jeder Bericht der Ausländerbeauftragten der Bundesregierung erinnert uns daran, wie wichtig Sprache als Integrationsmoment ist. Leider muß auch erwähnt werden, daß in den letzten Jahren Sprachkurse für Spätaussiedler gekürzt worden sind und weiter gekürzt werden, und das zu einem Zeitpunkt, wo die betroffene Klientel schwieriger wird, weil zunehmend junge Leute hierher kommen, die weniger aus eigenem Antrieb als aus familiären Gründen übersiedeln. Auch deshalb sind die Probleme zwischen der eingesessenen deutschen Bevölkerung und dem ebenfalls deutschen, aber nicht so rezipierten Kreis der Spätaussiedler gewachsen.

Wenn im übrigen die Konkurrenz der Ausländer auf dem Arbeitsmarkt als Bedrohung für deutsche Arbeitssuchende dargestellt wird und die existierenden Erschwernisse und Barrieren für Asylbewerber, für Geduldete und für manch anderen Ausländer unerwähnt bleiben, so ist das zumindest sehr unvollständig. Es ist ja doch so, daß ein neu zu besetzender Arbeitsplatz zunächst einmal einem Deutschen vorzubehalten ist, bevor ein Nicht-EU-Bürger eingestellt werden kann. Und seit dem Frühsommer 1997 dürfen Asylbewerber generell nicht mehr arbeiten. Das muß erwähnt werden, um



der Legende entgegenzutreten, die neu Hinzugekommenen nähmen uns die Arbeitsplätze weg. Eine konservative Argumentation und Politik, die so unvollkommen bleibt, erzeugen Angst, statt zu ihrem Abbau beizutragen.

Die jüngste Politik gegenüber den Migranten war durchweg restriktiv. Ich nenne die Einführung der Visapflicht für die Jugendlichen aus ehemaligen Gastarbeiterfamilien, ferner die 1997 eingetretene Verschärfung im Ausländergesetz und die Verschärfung des Asylbewerber-Leistungsgesetzes mit der Absenkung um 20% für die Leistungen. Und ich nenne ein ziemlich tatenlos verbrauchtes ›Europäisches Jahr gegen den Rassismus‹, von dem außer den Eingeweihten kaum jemand etwas bemerkt haben dürfte. Der Bundesinnenminister hat sich der Aufgabe, zu verdeutlichen, was von den Migranten hier in kultureller, sozialer und gesellschaftlicher Hinsicht auch an Positivem geleistet wird, nicht gestellt. Schließlich empfand ich es als besonders abstrus und skandalös, daß ein Mitglied dieses Bundestages, ein Obmann im Innenausschuß, die Forderung erhob, daß der öffentlich-rechtliche Rundfunk kein Ausländerprogramm betreiben solle, weil es ohnehin zu viele illegal hier lebende Ausländer gäbe.

*Günther Beckstein:* Ich möchte zur Frage des Staatsangehörigkeitsrechts eine Bemerkung machen: Warum sind wir ganz massiv, auch persönlich, dagegen, uns auf Dauer eine große Zahl von Doppelstaatlern zu schaffen? Ich bin dafür, die Einbürgerungsmöglichkeit zu erleichtern; dazu ist inzwischen einiges geschehen, weit mehr, als die Öffentlichkeit zur Kenntnis genommen hat. Daß derjenige, der acht Jahre in Deutschland gelebt hat und fünf Jahre hier zur Schule gegangen ist, einen Rechtsanspruch darauf hat, gegen Bezahlung von 100 Mark die deutsche Staatsangehörigkeit zu bekommen – übrigens derzeit unabhängig von der Frage der Sprachkenntnis –, ist in weiten Teilen der Öffentlichkeit nicht bekannt. In unseren Ausländerämtern liegen vereinzelt Informationen über die Frage der Einbürgerungsmöglichkeiten aus, und jeder Einbürgerungsbewerber wird vor Antragstellung ausführlich und individuell über seine Einbürgerungsmöglichkeiten beraten.

Ich trete dafür ein, daß als Voraussetzung für eine Einbürgerung Grundkenntnisse der Sprache nachgewiesen werden müssen. Auch SPD-Gesetzesentwürfe sehen den Nachweis von Grundkenntnissen der deutschen Sprache vor, die es ermöglichen, sich ohne Hinzuziehung eines Dolmetschers hier verständigen zu können. Es gibt demnach für Ausländer relativ gute Möglichkeiten, die deutsche Staatsangehörigkeit zu erhalten. Der kritische Punkt ist dabei die Frage der Doppelstaatsangehörigkeit, die ich aus zwei Gründen entschieden ablehne. Ich bin davon überzeugt, daß wir zahlreiche, im Ausland bestehende Konflikte in ungeahnter Schärfe nach Deutschland hereinholen, wenn unter uns Hunderttausende von Deutsch-Serben, Deutsch-Bosniern und Deutsch-Kroaten lebten.

Während des Bürgerkriegs in Bosnien versuchte die bosnische Regierung, die bei uns lebenden Bosnier – ohne Rücksicht darauf, ob sie auch die deutsche Staatsangehörigkeit hatten – zur Bezahlung von Kriegssteuern zu veranlassen, und drängte sie, der bosnischen Wehrpflicht Folge zu leisten. Wenn dann der Doppelstaatler als Bosnier gegen den serbischen Doppelstaatler geschossen hätte, wäre Deutschland unmittelbar in diesen Krieg mit hineingezogen worden. Die Auseinandersetzung zwischen Türken und Kurden ist ein anderes Thema, das mich in diesem Zusammenhang beschäftigt.

Deswegen können wir uns die Zulassung der Doppelstaatsangehörigkeit in größerem Maße nicht leisten. Anders die Amerikaner: Dort schwört jeder Bewerber um die Staatsangehörigkeit feierlich und unter Eid, daß er voll und ganz auf jede Treuepflicht und Loyalität gegenüber jedem Herrscherstaat oder Würdenträger verzichte, dem er bisher als Untertan oder Staatsangehöriger angehört habe. Eine solche Regelung wäre bei uns und international schwerlich durchsetzbar.

Ist Deutschland ein ausländerfreundliches Land oder nicht? Natürlich ist nicht zu verhehlen, daß es in der Bevölkerung manche fremdenfeindliche Äußerungen gibt. Aber warum haben wir mehr Bosnier aufgenommen, als alle EU-Länder zusammengenommen? Und wie ist es zu erklären, daß von den Asylbewerbern, die derzeit in die Europäische Union kommen, mehr als die Hälfte nach Deutschland kommen? Die zuständige EU-Kommissarin ist der Auffassung, daß es kein anderes Land gibt, das zu einer solchen Aufnahmepraxis bereit wäre, denn hohe Kosten und viele Lasten sind damit verbunden.

Als der bosnische Bürgerkrieg entbrannte und die ersten Flüchtlinge kamen, war es nicht nur der Zufall, daß wir die Leute aufgenommen haben. Wir waren das erste Land, das bereit war, die Flüchtlinge hereinzulassen und für die Dauer des Krieges hier zu dulden. Wir waren das erste Land, das auf Kosten seiner Steuerzahler die medizinische Versorgung übernahm und die Aufenthaltsbefugnisse erteilt hat. Wenn jetzt in der internationalen Diskussion gefordert wird, wer die meisten Flüchtlinge aufgenommen hat, müsse auch am meisten für den Wiederaufbau in Bosnien zahlen, dann argumentiere ich umgekehrt, daß, nachdem wir in der ersten Not die größte Solidarität bewiesen haben, nun jetzt vorrangig andere bei der Frage des Wiederaufbaus helfen müssen.

Ich warne noch einmal davor, Probleme zu tabuisieren. Man muß die Probleme ansprechen und dann schauen, wie man sie löst, andernfalls bleiben hochgehende Emotionen unbearbeitet und unkontrolliert. So auch im Hinblick auf die bestehenden Probleme am Arbeitsmarkt: Es kann doch nicht in Ordnung sein, daß in Berlin, der größten Baustelle in Europa, 60.000 einheimische Bauhandwerker – darunter zahlreiche türkische und jugoslawische Gastarbeiter – ohne Arbeit bleiben, während dort 110.000 Arbeitskräfte aus Drittländern tätig sind.

Ungelöst ist auch die Problematik der Integration, insbesondere im Hinblick auf die Kinder von Spätaussiedlern und die türkischen Jugendlichen. Auseinandersetzungen zwischen ihnen gibt es nicht nur in Bayern, sondern flächendeckend in ganz Deutschland, gerade wenn es zu Ghettobildung in den Wohnquartieren gekommen ist. Zwischen ›Türken‹ und ›Russen‹ kommt es dann häufig zu ernststen Auseinandersetzungen – wobei die Aussiedlerkinder, die Deutsche sind, trotzdem im Volksmund als ›Russen‹ gelten. Ich teile die Meinung, daß wir mit der Reduzierung der finanzierten Sprachkurse einen schweren Fehler gemacht haben. Und ich bin froh, daß die Sprachprüfung jetzt bereits in den Heimatländern durchgeführt wird, um auf diese Weise einem Teil der späteren ›Integrationslast‹ schon frühzeitig zu begegnen.

Die Probleme müssen angesprochen werden, und wer Probleme tabuisiert, wird sie nicht lösen, sondern sie werden sich entsprechend verstärken. Das Wahlergebnis von Sachsen-Anhalt ist darum kein Anlaß zu neuen Positionsbestimmungen. Aber in den neuen Bundesländern ist vieles nicht ordentlich angesprochen worden, nicht verarbeitet worden, was dazu führt, daß ein Drittel der Wähler nicht-demokratische Parteien wie die DVU und die PDS wählt.

Wir müssen realisieren, daß in einer Zeit der fortschreitenden europäischen Einigung die Integrationskraft der Gesellschaften immer wichtiger geworden ist. Das bedeutet für viele Menschen eine Herausforderung, manche sind damit *überfordert*. Jetzt, wo die Grenzkontrollen zwischen Deutschland und den Niederlanden und zwischen Bayern, Österreich und Italien aufgehoben sind, müssen wir sehr sorgfältig die irrationalen, aber oft auch nachvollziehbaren Ängste in der Bevölkerung beobachten und versuchen, sie politisch umzusetzen und zu entschärfen.

*Cem Özdemir:* Zur Frage der Staatsbürgerschaft eine Anmerkung: Gerade die CSU macht sich für die doppelte Staatsbürgerschaft der deutschen Minderheit in Polen stark. Die dafür vorgebrachten Argumente sagen, das fördere die Integration, helfe Brücken schlagen – das überzeugt mich, nur muß es doch auch für die Menschen anderer Herkunft Geltung haben, sonst würden wir mit zweierlei Maß messen! Im übrigen sollten wir anerkennen, daß es die doppelte Staatsbürgerschaft bereits in großer, zunehmender Zahl bei uns gibt – unabhängig davon, wer in Bonn regiert. Das geltende Ausländergesetz kennt verschiedene Ausnahmetatbestände und läßt in diesen Fällen die doppelte Staatsbürgerschaft zu. Darüber hinaus gibt es bekannte Wege, die doppelte Staatsbürgerschaft zu erhalten. Mit diesem Faktum pragmatisch umzugehen, hieße zu überlegen, wo daraus Probleme erwachsen und wo nicht.

Viel wichtiger ist in jedem Fall die gesetzliche Änderung des Staatsangehörigkeitsrechts. Die mit der Geburt in einem Land begründete Staatsangehörigkeit, das sogenannte Geburtsrecht, ist das entscheidende Reformprojekt der nächsten Jahre: Jedes Kind, das hier geboren ist, egal, woher die Eltern

kommen, muß Bürger und Bürgerin dieses Landes sein! Die doppelte Staatsbürgerschaft ist da nur ein Hilfskonstrukt.

*Günther Beckstein:* Das durchschnittliche in Bayern geborene Kind türkischer Eltern wird in der Türkei zur Schule gehen; die Zahlen sind da völlig eindeutig. Deshalb bin ich ganz entschieden gegen eine solche Regelung! Die Eltern sagen in vielen Fällen, aus welchen Gründen auch immer: »Wir wollen unser Kind nicht hier in dieser Gesellschaft zur Schule gehen lassen« und holen es dann später nach.

*Cem Özdemir:* Dann müssen wir überlegen, wie wir dafür werben können, daß die Kinder nicht hin- und hergerissen werden. Tatsächlich waren auch viele meiner Freunde in den siebziger Jahren eine Zeitlang hier, eine Zeitlang in der Türkei in der Schule, ohne in einem der Länder einen vernünftigen Bildungsabschluß machen zu können. Jetzt tun sich manche schwer, weil ihnen Bildungschancen vorenthalten wurden. Insofern stimme ich völlig zu. Wir müssen also die Eltern dafür gewinnen, ihren Kindern die angemessene Schulbildung zuteil werden lassen.

Und wir müssen für einen angemessenen Unterricht in unseren Schulen sorgen: In vielen – vor allem in den Unions-regierten – Bundesländern gilt das sogenannte *Konsulatsmodell* für den muttersprachlichen Unterricht ausländischer Schüler: Aus der Türkei, aus Griechenland, Spanien, Portugal, aus anderen Ländern werden für die Dauer von fünf Jahren Lehrkräfte z.B für den Nachmittagsunterricht zu uns entsandt, die anschließend wieder in ihre Heimatländer zurückgehen. Diese Lehrer haben keine hinreichenden Deutschkenntnisse, sie haben keine Kenntnisse der Lebenssituation der Kinder, sie bringen Schulbücher aus der Türkei mit, die auch nach türkischen Maßstäben hoffnungslos veraltet sind, weil sie keinen Bezug zur Realität dieser Gesellschaft haben.

Die Eltern dieser Schulkinder leben aber bei uns. Sie zahlen hier ihre Steuern, nicht in der Türkei. Also muß das jeweilige Kultusministerium des jeweiligen Bundeslandes für den Unterricht dieser Kinder Verantwortung tragen. Ich bin dafür, die Muttersprache zu pflegen – mit Lehrern, die in Deutschland ausgebildet sind, mit Schulbüchern, die hier entstanden sind, und mit einer deutschen Schulaufsicht.

Je mehr erfolgreiche Modelle schulischer und gesellschaftlicher Integration wir haben, desto eher werden andere nachfolgen. So verstehe ich um so weniger, daß man z.B. bei der CSU in Bayern als Nicht-Deutscher nur Gastmitglied werden kann, während es selbst bei der Schwesterpartei, der CDU, mittlerweile möglich ist, ohne deutschen Paß Mitglied zu werden. Gerade die konservativen Parteien haben eine eminent wichtige Aufgabe der Integration in das politische Spektrum der Bundesrepublik Deutschland. Das können die Grünen gar nicht in dem Maße leisten.

*Cornelie Sonntag-Wolgast:* Das muß aber keine Werbeaktion für die CDU sein!

*Cem Özdemir:* Die Mehrzahl der Menschen türkischer Herkunft ist nun einmal eher konservativ, und eine der wichtigsten Aufgaben dieser Gesellschaft müßte es sein, die Leute in dieser Gesellschaft ankommen zu lassen. Solange die Union nicht willens und in der Lage ist, diese Zukunftsaufgabe anzunehmen, entfremden sich diese Menschen von unserer Gesellschaft, wenden sich von ihr ab und ihrem Herkunftsland wieder zu. Ich möchte, daß sie sich in dieser Gesellschaft und für diese Gesellschaft engagieren, und dazu wäre es immens wichtig, daß sich die im Bundestag vertretenen Parteien endlich in ausreichender Weise öffneten.

Der angesprochene Loyalitätskonflikt von Leuten mit doppelter Staatsbürgerschaft, die zum Kriegsdienst nach Bosnien oder Serbien gerufen werden, kann als Argument nicht gelten. Der Fall eines Deutschen mit deutschen Vorfahren, der auf seiten der PKK mitkämpft, zeigt ebenso wie der freiwillige Einsatz von Deutschen auf serbischer, kroatischer und wahrscheinlich auch auf bosnischer Seite, daß für solchen Wahnsinn nicht die kurdische, serbische oder kroatische Herkunft Voraussetzung ist.

*Günther Beckstein:* Der bei der PKK kämpfende Deutsche ist ein Einzelfall, im Unterschied zum Deutsch-Serben, der zum Krieg nach Serbien einrücken mußte, weil ihm im Fall der Weigerung nach serbischem Recht die Todesstrafe drohte. Nach Einschätzung des bosnischen Innenministers waren immerhin etwa 500.000 Männer nach ihrem Heimatrecht verpflichtet, am Krieg teilzunehmen – viele sind dem auch tatsächlich gefolgt. Wenn diesen Männern im großen Umfange auch die deutsche Staatsangehörigkeit gegeben worden wäre – wir wären sofort direkt in diesen Krieg involviert gewesen!

*Cem Özdemir:* Als Jurist wissen Sie besser als ich, daß das internationale Privatrecht die Mehrzahl der Fälle, die die doppelte Staatsbürgerschaft betreffen, glänzend löst, nämlich etwa durch die Annahme, daß die Steuer- und gegebenenfalls die Wehrpflicht in dem Land besteht, wo sich jemand dauerhaft aufhält und also seinen Lebensmittelpunkt hat. Das Problem ist also nicht unlösbar, wobei ich zugestehe, daß es noch einige ungeklärte Rechtsfragen gibt.

Bei der mit Abstand größten Gruppe hier lebender Ausländer – gut 2 Millionen Menschen aus der Türkei – wären solche Probleme durch ein bilaterales Abkommen ganz einfach lösbar. Eines der ersten Dinge, die ich von einer neuen Regierung erwarte, wären Verhandlungen mit der türkischen Regierung und der Abschluß von Vereinbarungen zur Lösung der Probleme, die aus der doppelten Staatsbürgerschaft entstehen könnten; einige solcher Vereinbarungen existieren ja bereits.